

Mainz, 05.02.2025

Antrag 0227/2025 zur Sitzung Stadtrat am 05.02.2025**Bunte Bänke, starke Botschaft – Vielfalt lässt sich nicht übermalen****Der Stadtrat möge beschließen:**

1. der Stadtrat verurteilt die wiederholten queerfeindlichen Sachbeschädigungen der Regenbogenbänke und des Regenbogen-Zebrastreifens aufs Schärfste und bekräftigt sein Bekenntnis zu Vielfalt, Toleranz und der Unterstützung der queeren Community in Mainz. Der Stadtrat Mainz bekennt sich ausdrücklich zu Artikel 3 des Grundgesetzes und spricht sich dafür aus, dass dieser um die sexuelle und geschlechtliche Identität ergänzt wird, um die rechtliche Gleichstellung und den Schutz der queeren Community in Deutschland weiter zu stärken. Zudem spricht der Stadtrat allen Privatpersonen, die durch eigene Initiativen ein Zeichen für Offenheit und Akzeptanz setzen, seine höchste Anerkennung aus.

2. Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, als Reaktion auf jede queerfeindliche Sachbeschädigung an Regenbogenbänken oder dem Regenbogen-Zebrastreifen zusätzliche Bänke in Regenbogenfarben oder weitere Symbole der Vielfalt an verschiedenen Orten der Stadt aufzustellen. Dies soll als sichtbares Zeichen dafür dienen, dass Vandalismus nicht zur Reduzierung, sondern zur Verstärkung der Präsenz von Symbolen der Vielfalt führt.

Begründung:

Die wiederholten queerfeindlichen Beschädigungen von Symbolen in Mainz zeigen, dass es weiterhin notwendig ist, sich aktiv für die Werte von Vielfalt und Toleranz einzusetzen. Durch die Aufstellung zusätzlicher Regenbogenbänke als Reaktion auf queerfeindliche Straftaten wird deutlich gemacht, dass solche Taten das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken: anstatt die Sichtbarkeit der queeren Community zu vermindern, wird sie dadurch verstärkt.

Zudem setzt die Stadt ein klares Zeichen, dass Mainz eine Stadt der Offenheit und des gegenseitigen Respekts ist und bleibt. Ein klares Bekenntnis zu Artikel 3 des Grundgesetzes, der die Gleichheit aller Menschen garantiert, unterstreicht die Notwendigkeit, die sexuelle Identität ausdrücklich in den Diskriminierungsschutz aufzunehmen. Dies wäre ein essenzieller Schritt, um queere Menschen in Deutschland rechtlich besser zu schützen und Diskriminierung gezielt entgegenzutreten. Die privaten Initiativen, die sich bereits für die Sichtbarkeit der queeren Community einsetzen, verdienen höchste Wertschätzung und Unterstützung, da sie einen wichtigen Beitrag zu einem inklusiven und toleranten Stadtbild leisten.

Kolhey, Sascha
Fraktionsvorsitzender

Tupac Orellana/Caren Maurer
Fraktionsvorsitzendr*r

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender

Volt-Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion DIE LINKE

ÖDP Stadtratsfraktion

Erwin Stufler
Fraktionsvorsitzender
Stadtratsfraktion Freie Wähler